

Ja, wir können auch anders!

Soziale Unruhe produktiv machen, damit sich die Verhältnisse ändern!
Aufruf des Sozialprotestblocks auf der DGB Demonstration am 16. Mai

Der Europäische Gewerkschaftsbund und der DGB ...

rufen auf zur "European Days of Action". In Brüssel, Prag, Madrid und Berlin wird es am Samstag, den 16. Mai Demonstrationen für eine nachhaltige Bekämpfung der Krise des globalisierten Kapitalismus durch soziale Grundrechte und gegen ein "Weiter so" dieses "Kasino-Kapitalismus" geben.

Schwindende Macht in der Erwerbsarbeit hat viel mit der geschaffenen Ohnmacht der Erwerbslosen zu tun.

Hartz I bis IV war die Voraussetzung, dass in der Bundesrepublik ein bisher nicht denkbarer Niedriglohnsektor entstehen konnte, selbst tariflich ausgehandelte Löhne in einigen Branchen nicht mehr zum täglichen Überleben der Familien reichen und in ganzen Regionen die alten "Normalarbeitsverhältnisse" eben nicht mehr die gesellschaftliche Normalität bestimmen.

Die Sozialproteste von 2004 ...

haben die politische Geographie in dieser Republik verändert, aber nicht die nationale Standort-Politik, die die realen Lohneinkommen gesenkt, die Arbeitszeiten erhöht und die sozialen Grundrechte von Erwerbslosen eingeschränkt hat.

Ja, diese Krise kann zu "sozialer Unruhe" führen. Ja, ohne "soziale Unruhe" werden sich keine Verhältnisse wandeln. Soziale Unruhen können aber auch in autoritären Lösungen enden, die mit Sicherheit mehr Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft ausschließen.

Alles muss man selber machen!

Sozialer Fortschritt wird nicht geschenkt und wird auch nicht allein durch ein Wahlkreuz bewirkt. Respekt entsteht dann, wenn sich Erwerbslose solidarisch gegenseitig begleiten, um ihre Rechte durchzusetzen. Solidarität ist dann in betrieblichen Konflikten erfolgreich und nachhaltig, wenn die Kollegen gemeinsam für ihre Interessen eintreten und damit in ihren Organisationen ernst genommen werden. Soziale Widerständigkeit muß im Alltag stattfinden und nicht nur auf den Demonstrationen gefordert werden.

Soziale Mindestsicherungen durchsetzen, Arbeitszeiten verkürzen und umverteilen!

Sozialleistungen sind allen Anschein nach nicht "systemrelevant", sondern für den nationalen Wettbewerbsstaat ein negativer "Kostenfaktor" im globalisierten Kapitalismus. Ohne erkämpfte soziale Rechte gibt es keine wirkliche Demokratie! Das "Krisen-Management" der Bundesregierung schafft parlamentarische und öffentliche Kontrolle ab und setzt ein noch nie gekannte Umverteilung öffentlicher Gelder in die privatwirtschaftliche Finanz- und Exportindustrie in Gange, die die abhängig Beschäftigten finanzieren werden. Kommunen und gerade Menschen in prekären Lebenslagen werden die Leidtragenden der Leistungskürzungen sein, die eine "Schuldenbremse" als Verfassungsgebot erzeugen wird.

Das einfachste Konjunkturprogramm bestände darin:

- die AlgII-Bezüge auf mindestens 500 € zu erhöhen und entsprechend der Forderung des "Bündnisses Kinder-grundsicherung" 500 € Grundsicherung für jedes Kind im Monat als ein individuelles Recht zu gewähren,
- Statt staatlich finanzierter Kurzarbeit hilft eine 30 Stunden-Normalarbeitswoche und
- ein gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 10 € weiter, von dem Mann und Frau leben können.

Eine solcher Sozialpakt entsteht nicht in Hinterzimmergesprächen sondern nur in sozialen und solidarischen Auseinandersetzungen im Betrieb, im eigenen Viertel, im JobCenter und auf der Straße, wie am 16. Mai im Sozialprotestblock auf der DGB-Demonstration!

Sozialprotestblock auf der DGB-Demo am 16. Mai in Berlin

eigener Treffpunkt: 10:30 beim Sozialgericht Invalidenstraße 52 / Heidenstraße

ab 11:30 Auftaktkundgebung Washingtonplatz auf der Nordseite des Hauptbahnhofs